



Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Mechthild Rawert
11011 Berlin

Ulrike Flach

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL ulrike.flach@bmg.bund.de

Berlin, 6. Juni 2012

Schriftliche Frage im Mai 2012
Arbeitsnummer 5/422

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage 5/422 beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 5/422:

Welche frauen- und genderorientierten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den dargelegten Handlungsaufforderungen des ersten und bisher einzigen „Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklung in West- und Ostdeutschland“ und der von ihr jüngst vorgelegten Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“, und mit welchen konkreten frauengesundheitsspezifischen Programmen, Maßnahmen und Initiativen will sie den nach Herkunft, sozialer Lage und Lebensalter differenziert beschriebenen frauenspezifischen Gesundheitsrisiken noch in dieser Legislaturperiode aktiv begegnen?

Antwort:

Der 2001 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) herausgegebene Frauengesundheitsbericht war ein wichtiger Impuls zur Etablierung einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung. Seine Handlungsempfehlungen waren an unterschiedliche Akteure des Gesundheitswesens gerichtet. Seither wurden erhebliche Fortschritte bei der Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in den Gesundheitswissenschaften und der Medizin erreicht. Grundsätzlich sind bei allen Forschungsvorhaben und Projekten der Bundesregierung Geschlechterperspektiven zu berücksichtigen.

Das BMFSFJ selbst hat zur Umsetzung der Erkenntnisse besonders im Bereich der reproduktiven Gesundheit, im Bereich der Müttergenesung und im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ beigetragen. 2011 wurde z.B. das BMFSFJ-Modellprojekt "Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen" (MIGG) abgeschlossen, seine Ergebnisse werden aktuell daraufhin überprüft, wie ihre Umsetzung in der Fläche unterstützt werden kann. Zur Veröffentlichung der Projektergebnisse sowie weiterer Informationen im Kontext von Gesundheit und Gewalt ist für Juni 2012 die Freischaltung einer mit Mitteln des BMFSFJ finanzierten Website "Gesundheit und Gewalt" vorgesehen.

Wichtigster Partner des BMFSFJ im Kontext Sexualaufklärung und reproduktive Gesundheit ist die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die sich umfassend um Geschlechterdifferenzierung und Gendersensibilität ihrer Maßnahmen und Kampagnen bemüht. Das BMFSFJ hat die Fachaufsicht bei der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags der BZgA nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) behandelt in verschiedenen Fachbereichen frauengesundheitsspezifische Themen. Mit folgenden Maßnahmen/Projekten begegnet das BMG in dieser Legislaturperiode den frauenspezifischen Gesundheitsrisiken:

Seit März 2011 hat das BMG sieben einjährige Modellprojekte zur Reduzierung von Suchtmittelkonsum in Schwangerschaft und Stillzeit gefördert bzw. fördert diese noch. Innerhalb der Projekte werden Präventionsansätze für unterschiedliche Situationen und zugeschnitten auf verschiedene Institutionen, Verbände oder Vereine entwickelt. Sie umfassen Ansätze, die sich an Gynäkologinnen/ Gynäkologen, medizinisches Fachpersonal und/oder Hebammen richten oder an der Familienhilfe ansetzen. Auch neue Kooperationsmodelle von Schwangeren- und Suchtberatung sind Bestandteil einiger Projekte. Aufbauend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen der Projekte plant das BMG nunmehr in einer zweiten zweijährigen Förderphase, die Übertragung erfolgreicher Ansätze an andere Standorte zu unterstützen.

Basierend auf Empfehlungen des Nationalen Krebsplans erarbeitet die Bundesregierung derzeit gesetzliche Regelungen zur Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung in Deutschland. Entsprechend den Qualitätsvorgaben der europäischen Leitlinien sollen hierdurch die Leistungsangebote für die Früherkennung des nur Frauen betreffenden Gebärmutterhalskrebses aber auch des Darmkrebses durch die Einführung eines Einladungswesens, die Verbesserung der Information der anspruchsberechtigten Versicherten sowie den Ausbau der Qualitätssicherung und Erfolgskontrolle effektiver ausgestaltet werden. Insbesondere durch die Einführung des Einladungswesens sollen alle Teilnahmeberechtigten unabhängig

von der Herkunft und dem sozialen Status erreicht werden. Eine bundesgesetzliche Regelung ist für die zeitnahe inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung von Krebsfrüherkennungsprogrammen durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) notwendig. Darüber hinaus hat das BMG im Jahr 2011 einen Förderschwerpunkt "Forschung im Nationalen Krebsplan" mit einem Gesamtvolumen von 5 Mio. Euro aufgelegt. Im Rahmen dieses Förderschwerpunktes werden ab dem Frühjahr 2012 insgesamt 13 Projekte gefördert, wovon sich die folgenden drei Projekte mit frauenspezifischen Fragestellungen befassen:

- "Fall-Kontroll-Studie zur Häufigkeit der Teilnahme an der Gebärmutterhals-Krebsfrüherkennung und zur Qualität der Zytologie"
- "Informierte Entscheidung deutscher und türkischer Frauen bei der Teilnahme am Mammographie-Screening-Programm"
- "Informations- und Schulungsmaßnahmen zur Stärkung der Patientenkompetenz – eine Analyse des Bedarfs von Patientinnen und Patienten mit Mammakarzinom".

Ergebnisse dieser Projekte werden im Jahr 2015 erwartet.

Das BMG erarbeitet derzeit eine Präventionsstrategie, bei der Aspekte der Zielgruppengechtigkeit in allen Bereichen berücksichtigt werden, so dass auch frauenspezifische Belange Berücksichtigung finden.

Frauenspezifische Belange sind in der HIV/AIDS-Bekämpfung ein fester Bestandteil. Sie werden daher in den Einzelmaßnahmen regelmäßig berücksichtigt. So integriert die BZgA in der bevölkerungsweiten Kommunikation zu HIV/AIDS und sexuell übertragbaren Infektionen (STI) frauenspezifische Aspekte über die Auswahl der Themenschwerpunkte und der Kampagnenmotive. Selbstverständlich ist auch die geschlechtsspezifisch differenzierte Information auf den Online-Plattformen www.gib-aids-keine-chance.de und www.machsmit.de sowie in den Printmedien.

In der von der BZgA geförderten Deutschen AIDS-Hilfe (DAH) ist die gezielte frauenspezifische Prävention einer der Arbeitsschwerpunkte; sie hat hierfür einen eigenen Fachbereich "Frauen" eingerichtet. Darüber hinaus werden frauenspezifische Maßnahmen in den Bereichen HIV und Drogen/Drogenselbsthilfe, Menschen mit HIV, Migration, Haft und Qualitätsentwicklung in der Prävention umgesetzt. Die derzeit durchgeführten oder geplanten Maßnahmen berühren ein weites Themenfeld. Hierzu gehören beispielsweise die Fortbildung von Sexarbeiterinnen oder Frauen in Haft in HIV/STI-Prävention; Schulungen von Multiplikatorinnen mit Migrationshintergrund zu Gesundheit-/Präventions-Mediatorinnen; die Unterstützung von Netzwerken HIV-positiver Frauen und die Information von Frauen, Ärzteschaft und Bera-

terinnen und Beratern zu frauenspezifischen medizinischen Aspekten einschließlich Schwangerschaft von HIV-positiven Frauen.

Vom 07.-14. Januar 2011 wurde erstmalig ein interaktives Modul mit Expertinnen und Experten zum Thema Endometriose im Frauengesundheitsportal (www.frauengesundheitsportal.de) der BZgA, das im Auftrag des BMG eingerichtet wurde, erprobt. Aufgrund der guten Resonanz ist für 2012 die Durchführung eines weiteren interaktiven Moduls zu einem anderen Schwerpunktthema geplant.

Die vom RKI durchgeführte und gemeinsam vom GBA und BMG geförderte Begleitevaluation des 2008 vom GBA neu eingeführten opportunistischen Chlamydien Screenings für Frauen unter 25 Jahren, für Schwangere und für Frauen vor einem geplanten Schwangerschaftsabbruch hat die Verfügbarkeit von Daten zur Inanspruchnahme des Screenings und zu Prävalenzen von Chlamydieninfektionen zum Ziel. Dabei soll auch beurteilt werden, welche Frauen (Alter, Region) getestet werden.

Die Demografiestrategie der Bundesregierung enthält mit Blick auf die gesundheits- und pflegepolitischen Herausforderungen, die sich durch die Alterung unserer Gesellschaft ergeben, zahlreiche Initiativen, die sich überwiegend - da sowohl Männer als auch Frauen vom demografischen Wandel betroffen sind - auf beide Geschlechter beziehen. Dazu gehören die Ankündigung einer nationalen Präventionsstrategie mit zielgruppenspezifischen Ansätzen zur Förderung eines gesunden Arbeitslebens und für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, die Neuordnung der sozialen Pflegeversicherung und die Verbesserung von Leistungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen sowie Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe.

Mit freundlichen Grüßen

